

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

tientenspektrums voraus, die sich nur im Wege der vermehrten Heranziehung außeruniversitärer Krankenanstalten bereits in der klinischen Grundausbildung herstellen lasse.

Ideal wäre nach Ansicht des Ministeriums dabei ein Verbund zwischen einer Hochschulklinik und einem oder mehreren Krankenhäusern, die aufgabenteilig den Unterricht wahrnehmen. Für einen derartigen Ausbildungsverbund seien in Baden-Württemberg – mit Ausnahme von Tübingen – die Voraussetzungen nur bedingt gegeben. dr

SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Bedarfsplan:
20 Allgemeinärzte fehlen**

Der Fehlbestand an Allgemeinärzten in Schleswig-Holstein konnte im vergangenen Jahr noch nicht ausgeglichen werden. Wie die Kassenärztliche Vereinigung und die Ärztekammer Schleswig-Holstein in Bad Segeberg mitteilten, ist die Zahl der Allgemeinärzte zwar um 21 gestiegen, jedoch würden noch weitere 20 gebraucht.

Nach dem Bedarfsplan für die kassenärztliche Versorgung, der vom Landesausschuß der Ärzte und Krankenkassen verabschiedet worden ist, stieg die Zahl der Ärzte im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein von 2372 auf 2448. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung um 4400 Personen.

Auf einen in freier Praxis tätigen Kassenarzt entfallen nach Angaben der Ärztekammer heute 1057 Einwohner gegenüber 1089 im Jahr zuvor.

Da die Zahl der Fachärzte im vergangenen Jahr um 55 stieg, hat sich auch dort die Gesamtsituation verbessert. Jedoch besteht ein unverminderter Bedarf an Nerven- und an Hautärzten. yn

**Suchtklinik für Frauen
in Ruhleben geplant**

Im Hinblick auf die wachsende Anzahl alkoholkranker Frauen will der Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein durch den Neubau eines Fachkrankenhauses für Alkoholkranke in Ruhleben (Plön) vierzig Therapieplätze für suchtkranke Frauen schaffen. Das geplante Krankenhaus – geschätzte Baukosten rund sechs Millionen DM – ist die zweite Einrichtung dieser Art des Landesvereins.

In Freudenholm bei Preetz besteht bereits seit elf Jahren eine Kurklinik für Suchtkranke.

Wie der Direktor des Landesvereins, Pastor Leberecht le Coutre, erklärte, haben es alkoholkranke Frauen in sozialer Hinsicht vielfach „wesentlich schwerer“ als alkoholkranke Männer.

Bei männlichen Alkoholikern werde die Sucht vom Ehepartner und der Umwelt meist länger toleriert als etwa bei Frauen, betonte le Coutre. Bei der Behandlung des Alkoholismus sei die Beteiligung der Familie von größter Wichtigkeit. Deshalb soll in Ruhleben, ähnlich wie in Freudenholm, versucht werden, die Angehörigen der Patienten in die Behandlung einzubeziehen. yn

BERLIN

**Vor „Scheinkranken“
wird nicht mehr gewarnt**

Unter Hinweis auf das Datenschutzgesetz hat der Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Erich Pätzold, die Krankenhäuser aufgefordert, alle Aufzeichnungen über sogenannte Krankenhauswanderer zu vernichten. Bisher wurde durch Rundschreiben vor Personen gewarnt, bei denen ausreichender Verdacht bestand, daß

sie durch Vortäuschen einer Erkrankung sich einen billigen Aufenthalt im Krankenhaus erschleichen wollten. Auch diese schriftlichen Warnungen sollen in Zukunft entfallen. Der Senator wies darauf hin, daß bei solchen Warnmeldungen personenbezogene Angaben unerlässlich sind, die jedoch für die Krankenhausbehandlung nicht notwendig sind und die daher nach dem Datenschutzgesetz gelöscht werden müssen, weil sie „für die speichernde Stelle zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben nicht erforderlich sind“.

Man könne außerdem nicht ausschließen, daß ein solcher „Krankenhauswanderer“ doch einmal einer Krankenhausbehandlung bedarf. Die bei der Gesundheitsverwaltung geführte Kartei über diesen Personenkreis wird daher einschließlich der dazu gehörenden Einzelvorgänge ebenfalls vernichtet. LPD

HESSEN

**Hauterkrankungen:
Der Staat soll mehr tun**

Eine bessere Aufklärung über die Gefahr von Hauterkrankungen am Arbeitsplatz und eine strengere Überprüfung neuer Chemikalien fordert die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Beckmann. Sozialminister Armin Clauss habe es sich zu einfach gemacht, wenn er im Landtag zwar die Zunahme von Hautkrankheiten, Ekzemen und Allergien bestätige, aber sonst nur den Rat geben könne, Kontakt mit allergieauslösenden Stoffen zu meiden. Nach Frau Beckmann sind Hauterkrankungen größtenteils berufsbedingt; die beruflich bedingten Hautleiden hätten sich innerhalb der letzten zwanzig Jahre verdreifacht. Stark gefährdet seien Maurer und Hausfrauen durch die häufigen allergischen Reaktionen auf Chromate. EB